

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 66 (1993)

Heft: [5]

Artikel: Bildung auf Kredit - eine neue Utopie?

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-852221>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sung des Kantons Bern auf. Sie sieht in Art. 43 Abs. 3 ausdrücklich vor, dass an Privatschulen, welche öffentliche Bildungsaufgaben erfüllen, Beiträge ausgerichtet werden können.

Durchlässigkeit regelungsbedürftig

Im Gesetzesentwurf fehlen Bestimmungen über die horizontale (Wechsel von einer Fachhochschule zu einer anderen) bzw. vertikale Durchlässigkeit (Übertritt eines Fachhochschulabsolventen an eine Eidgenössische Technische Hochschule oder kantonale Universität). Der VSP geht davon aus, dass dieser Regelungsbedarf in den Vollzugsvorschriften des Bundes zum Fachhochschulgesetz, in Anpassungen zum Bundesgesetz über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen bzw. in den kantonalen Universitätserlassen bei nächster Gelegenheit nachgeholt wird.

Neuer Entwurf unerlässlich

Die im Entwurf des Bundesgesetzes über die Fachhochschulen umschriebenen Beitragsvoraussetzungen kann der VSP aus bildungs-, ordnungs- und finanzpolitischen Gründen nicht akzeptieren. Konkret fordert er die zuständigen Behörden auf, nach einer Formulierung zu suchen, welche den Privatschulen ohne Umwege (wie zum Beispiel über die Gründung einer Stiftung) ermöglicht, vom neuen Fachhochschulgesetz – sofern sie die übrigen Beitragsvoraussetzungen er-

füllen – subventionsrechtlich anerkannt zu werden.

Nur auf diese Weise sind dringend angezeigte Reformen im schweizerischen Berufsbildungsrecht möglich und kann ein sinnvolles sowie sich ergänzendes Nebeneinander von staatlichen und privaten Bildungsträgern stattfinden.

Damit die schweizerischen Berufsleute auf dem internationalen – insbesondere dem europäischen – Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig bleiben können, sind namhafte Anstrengungen seitens der Behörden notwendig. Die Frage der interkantonalen Anerkennung der schweizerischen Fachhochschuldiplome hat einen sehr hohen Stellenwert in diesem Zusammenhang. Dieses für den VSP zentrale Postulat wird mit bi- bzw. multilateralen Abkommen völkerrechtlich abzusichern sein.

Bildung auf Kredit – eine neue Utopie?

An der Generalversammlung des VSP in Merligen hat der Gastreferent, Nationalrat Jean-Pierre Bonny, die Privatschulen aufgefordert, mit der Ausarbeitung eines Konzeptes im Dienste der Prävention gegen Arbeitslosigkeit einen kreativen und dennoch realistischen Beitrag zu leisten. Der amerikanische Ökonom David H. Breneman hat das Modell eines Bildungskredites entworfen, den diejenigen in Anspruch nehmen können, die den Arbeitsplatz verlieren oder

sich sonstwie beruflich neu orientieren müssen. Das Modell enthält Ideen und Anregungen, die vielleicht geeignet sind, die Privatschulen im Sinne Bonnys zu Taten zu motivieren.

Das Modell des «Bildungskredits», die Option, nicht nur in jungen Jahren ein Studium in Angriff nehmen zu können, wird längst auf breiter Ebene diskutiert. In einigen Staaten existieren bereits derartige Projekte. Ist nun zu erwarten, dass alle Industrieländer auf diesen Zug aufspringen werden, so dass der typische Student der Zukunft zwischen 35 und 45 Jahre alt sein wird? Verspricht eine solche Politik eine Verbesserung der Lebensqualität, und gelingt es ihr, die Produktivität der Wirtschaft zu heben? Oder ist sie kaum mehr als eine Modeerscheinung, die den Weg so vieler anderer utopischer Ideen gehen wird? Und schliesslich: Welche Voraussetzungen müssten erfüllt sein, um die Idee des «Bildungskredits» in die Realität umsetzen zu können?

Erstausbildung genügt nicht mehr

Einer der Gründe, warum sich jemand auch noch in späteren Lebensphasen für eine höhere Bildung interessieren kann, sind die sich rasant ändernden wirtschaftlichen Bedingungen. Die Menschen leben länger, arbeiten länger und wechseln im Laufe ihres Erwerbslebens mehrmals den Arbeitsplatz. Eine Erstausbildung der herkömmlichen Art, die im 19. oder 20. Lebensjahr abgeschlossen wird,

reicht als Rüstzeug für eine Lebensarbeitszeit nicht mehr aus.

Ein «Bildungskonto» gewährt Vorschuss

Eine Möglichkeit, die Aus- und Weiterbildung für Erwachsene attraktiver zu machen, bestünde darin, jeder Bürgerin und jedem Bürger einen individuellen Anspruch auf Bildung zu verschaffen, der je nach Bedarf im Lauf einer Karriere geltend gemacht werden kann. Wer seinen Arbeitsplatz verloren hat oder sich selber beruflich verändern will, könnte von einem «Bildungskonto» Geld für die Vorbereitung auf einen neuen Job beziehen. Das System des Bildungskredits wäre somit vergleichbar mit einer Versicherung, die bei Bedarf für Auslagen bis zu einem gewissen Limit aufkommt. Die Kosten liessen sich aus allgemeinen Steuereinnahmen oder mit Lohnprozenten vorfinanzieren. Denkbar wäre auch, Mittel der Arbeitslosenversicherung oder staatlicher Jobtrainingsfonds heranzuziehen. Die Nutzniesser einer solchen Zweitausbildung hätten die entstandenen Kosten ganz oder zu einem Teil aus ihrem späteren Einkommen zurückzuerstatten. In den Vereinigten Staaten können ältere Studenten, die oft halbtags arbeiten, Kredite zu günstigen Konditionen aufnehmen. Diese werden zwar von Finanzinstituten wie Banken vergeben, doch der Staat übernimmt die Haftung dafür. Und weil auf diese Weise der Kredit abgesichert ist, liegt der Zinssatz unter dem Marktniveau.

Erwachsenenbildung muss kundenfreundlich sein

Genauso wichtig wie die Finanzierung der Ausbildung älterer Studienwilliger sind günstige Rahmenbedingungen. Bildungsprogramme müssen an sorgfältig ausgewählten Standorten und zu passenden Tageszeiten angeboten werden. «Colleges» und Universitäten, die auf dieser Branche einen Markt wittern, haben ihre Arbeitsmethoden auch bereits geändert und richten sich weitgehend nach ihrem Zielpublikum aus, das in örtlicher und zeitlicher Hinsicht weniger flexibel ist, als dies Normstudenten sind. In den USA bieten zum Beispiel die «Community Colleges» mit Erfolg Kurse am Abend, an Wochenenden, in der Innenstadt, ja sogar an den Arbeitsplätzen ihrer Kunden an. Anstatt die Studenten zu zwingen, sich an die Stundenpläne anzupassen, tragen diese Institute das Angebot an sie heran. Es erstaunt daher nicht, dass die «Community Colleges» inzwischen den Erwachsenenbildungsmarkt dominieren. Erfahrungen zeigen zudem, dass vielen Arbeitgebern der Nutzen solcher Programme einleuchtet, weshalb sie ihren Angestellten für die Fortbildung Arbeitszeit zur Verfügung stellen. Oft beauftragen sie sogar die Lehranstalten damit, spezielle Kurse für ihre Angestellten zu entwickeln.

US-Firmen lassen sich die Ausbildung etwas kosten

Amerikanische Unternehmen geben für Ausbildung und Training on the job gemäss Schätzungen jährlich insgesamt 30 Milliarden Dollar aus. In einigen Fällen wird damit ein Basisunterricht in Lesen und Rechnen finanziert, für Fähigkeiten also, die eigentlich in der Schule hätten erworben werden sollen. Meistens jedoch ist die Ausbildung qualifizierter und jobbezogen, nicht selten speziell auf Firmen zugeschnitten. Daran haben Arbeitgeber auch mehr Interesse als an der Vermittlung von Allgemeinbildung, die dem Arbeitnehmer auch dann nützt, wenn er zu einer anderen Firma wechselt.

Hohe Produktivität ist eine Überlebensfrage

Wie sich ein Staat zu derartigen Investitionen zugunsten älterer Arbeitnehmer stellt, mag letztlich von den demographischen Veränderungen innerhalb eines Landes abhängen. In den Vereinigten Staaten wird in den kommenden Jahrzehnten der Anteil der erwerbstätigen gegenüber der nichterwerbstätigen Bevölkerung kontinuierlich abnehmen. Folglich ist es eine Frage des wirtschaftlichen Überlebens, dass jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin Leistungen auf hohem Produktivitätsniveau erbringt. Nur so können die Renten der wachsenden Zahl älter werdender Menschen gesichert werden.

In den sechziger und siebziger Jahren hat die amerikanische Bildungspolitik den Akzent auf Gleichheit und Gerechtigkeit für die Rassen gelegt und Bildungsmöglichkeiten für benachteiligte Gruppen gefördert. In neuester Zeit gilt das Augenmerk aber hauptsächlich dem Wirtschaftswachstum und der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Unter diesem Gesichtswinkel kann sich eine mangelhafte Ausbildung der Arbeitnehmerschaft, die unfähig ist, sich an wechselnde Produktionstechnologien anzupassen, verheerend auswirken. Deswegen und nicht etwa aus Menschenliebe sind Unternehmen im Begriff, ihr bildungspolitisches Engagement zu verstärken.

Bildung als Antwort auf die neuen Herausforderungen

Von keiner Seite wird in Abrede gestellt, dass die Bildung für die Wohlfahrt eines Staates und seiner Wirtschaft von grösster Bedeutung ist. Diese Wechselbeziehung gilt sozusagen für alle Länder, unabhängig von ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Investitionen in Menschen sind genauso wichtig wie Investitionen in Sachwerte. Keine Nation der Erde wird darum herumkommen, vermehrt in die Ausbildung jener Erwachsenen zu investieren, die in früheren Jahren mangelhaft ausgebildet wurden, und denjenigen das Tor zur Weiterbildung zu öffnen, die sich an die stetig wachsenden Ansprüche der Wirtschaft anpassen müssen und wollen.

Bei näherem Hinsehen gelangt man zu dem Schluss, dass der «Bildungskredit» mehr als eine blosse Sozialutopie ist, nämlich ein realistisches Konzept, um den wachsenden Wirtschaftsdruck und die sich wandelnden Anforderungen des modernen Lebens bewältigen zu können. Wer Bildung als Weg zur Entwicklung und Förderung des Individuums versteht, wird dem «Bildungskredit» grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Bei der Arbeitnehmerschaft mag die Aussicht, sich permanent weiterbilden zu müssen, nicht immer auf Begeisterung stossen, denn sie bedeutet auch, dass sich kaum jemand mehr darauf verlassen kann, in einer Firma bis zur Pensionierung einen bestimmten Posten behalten zu können. Doch dass die Wirtschaft der Zukunft weniger Sicherheit und Stabilität bieten wird, ist das Ergebnis eines Prozesses, der sich nicht mehr rückgängig machen lässt. Ständige Weiterbildung ist momentan die einzige erfolgversprechende Antwort auf diese Herausforderung.

Quelle: Tages-Anzeiger, 14. Juni 1993

Wieviel Staat verträgt das Bildungswesen?

Jürg Depierraz, Gümligen

In einem von Erich A. Kägi, Stäfa, gezeichneten Artikel über die Aufgabenteilung von Staats- und Privatschulen in der NZZ vom 6. Mai 1993 werden die Befürworter einer mode-